

Verbandsmitteilungen des VSE = Communications de l'UCS

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **68 (1977)**

Heft 3

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweizerische Vereinigung für Atomenergie (SVA)

Die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie (SVA) hat am 29. und 30. November 1976 im Hotel Intercontinental in Genf eine Informationstagung über das Thema «Kernkraftwerke und ihre Sicherheit» durchgeführt. Rund 300 Personen aus 12 europäischen Ländern nahmen daran teil: Leute aus den Bereichen der Technik und Wissenschaft, der Erziehung, Industrie, Politik und Medizin. Der Einladung der SVA haben auch eine ganze Reihe von Pressevertretern Folge geleistet, die für eine ausführliche Berichterstattung sorgten.

Das Programm umfasste 12 vorzügliche Referate: 5 über allgemeintechnische und -wirtschaftliche Themen und 7 über die verschiedenen Sicherheitsaspekte hinsichtlich des Brennstoffs, der Kernkraftwerke, des Abfalls und der Wiederaufbereitung. Das Publikum hat die Ausführungen der verschiedenen Referenten mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt. Sehr rege wurde auch die Gelegenheit zur Fragestellung und Diskussion im Rahmen der 4 Fragerunden benützt.

Die gutorganisierte Informationstagung hat das gesteckte Ziel erreicht: Aufklärung mittels sachlicher und verständlicher Information zu einem aktuellen Thema. Sicher haben die Tagungsteilnehmer wertvolle Erkenntnisse gewonnen. Es ist zu hoffen, dass auch die Pressevertreter sich über diesen Themenkreis nun ein objektiveres Bild machen können. Wenn dies bei der künftigen Berichterstattung in den Massenmedien auch entsprechenden Niederschlag findet, ist einiges erreicht worden mit dieser Tagung in Genf. Sr

Association Suisse pour l'Energie Atomique (ASPEA)

L'Association Suisse pour l'Energie Atomique (ASPEA) a organisé, les 29 et 30 novembre 1976, à l'Hôtel Intercontinental à Genève, deux journées d'information sur le thème «Les centrales nucléaires et leur sécurité». Cette manifestation a réuni quelque 300 personnes, venues de 12 pays européens. Il y avait parmi les participants des gens des domaines technique et scientifique, de l'enseignement, de l'industrie, de la politique et de la médecine. Plusieurs journalistes, qui avaient également accepté l'invitation de l'ASPEA, se sont chargés de commenter largement l'événement dans la presse.

Le programme comprenait 12 excellents exposés, dont 5 sur des sujets d'ordre technique et économique général et 7 sur les différents aspects de la sécurité au niveau du combustible nucléaire, des centrales, des déchets et du retraitement. L'auditoire a suivi avec un vif intérêt les différents exposés et a participé activement aux 4 séances intermédiaires de questions.

Les deux journées d'information ont bien rempli leur but qui était celui d'informer objectivement et de façon compréhensible sur un thème d'actualité. Il est permis de penser que les participants en sont repartis, enrichis de nouvelles connaissances. Il reste à espérer que les représentants de la presse sauront dorénavant aussi mieux faire la part des choses. Si leurs futurs commentaires en témoignent, ces deux journées auront été profitables à plus d'un égard. Sr

Verbandsmitteilungen des VSE – Communications de l'UCS

Ergänzung des Atomgesetzes

Hauptpunkte der Stellungnahme der Elektrizitätswirtschaft zum Entwurf vom Dezember 1976 eines Bundesbeschlusses zum Atomgesetz

Die Elektrizitätswirtschaft nimmt nachfolgend Stellung zu Fragen, die mit dem am 10. Dezember 1976 veröffentlichten Entwurf eines Bundesbeschlusses zum Atomgesetz aufgeworfen werden. Es handelt sich hierbei um eine konzentrierte Darlegung ihres Standpunktes zu den materiell wichtigsten Fragen, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Die vorliegende Stellungnahme wird in sachlicher und rechtlicher Beziehung hinsichtlich verschiedener Einzelaspekte noch zu ergänzen sein; dies wird im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens erfolgen. In Anbetracht der grossen energiepolitischen Tragweite der vorgeschlagenen Gesetzesänderung und mit Rücksicht auf die kurze Vernehmlassungsfrist hält es die Elektrizitätswirtschaft geboten, ihre Auffassung in dieser Form ändern am Vernehmlassungsverfahren beteiligten Kreisen bekanntzugeben.

1. Notwendigkeit und Umfang einer Revision

Die Notwendigkeit einer Gesetzesrevision wird nicht bestritten, weil Entwicklung und Praxis seit 1959 doch gewisse Änderungen und Ergänzungen des Gesetzes verlangen. Das war ja auch der Grund, dass bereits 1968 eine Gesetzesrevision in An-

Amendement de la loi sur l'énergie atomique

Principaux éléments de la prise de position de l'économie électrique sur le projet d'arrêté fédéral de décembre 1976 relatif à la loi sur l'énergie atomique

Vu le délai extrêmement court imparti pour la procédure de consultation, l'économie électrique se prononce ci-après au sujet des principales questions soulevées par le projet d'arrêté fédéral, daté du 10. 12. 1976 et complétant la loi sur l'énergie atomique. Le point de vue figurant dans le présent document est exposé de façon concentrée et pas forcément complète. L'économie électrique y ajoutera certaines remarques, après avoir examiné jusqu'à l'échéance du délai de la procédure de consultation, les différents aspects matériels et juridiques du projet d'arrêté. Etant donné la grande importance du projet d'arrêté en matière de politique énergétique et compte tenu de la courte période de consultation, l'économie électrique estime nécessaire de communiquer son point de vue sous cette forme à d'autres milieux habilités à intervenir dans la procédure de consultation.

1. Nécessité et portée de la révision

La nécessité de réviser la loi n'est pas contestée. Certains changements et compléments s'imposent sans aucun doute en raison de l'évolution intervenue depuis 1959 et pour des motifs d'ordre pratique. C'était d'ailleurs la raison pour laquelle on a

griff genommen wurde. Die Revision sollte vor allem den Einbau der internationalen Abkommen über die Haftpflicht, die Verbesserung des Bewilligungsverfahrens, die Anpassung der Versicherungsdeckung und das Expropriationsrecht umfassen. Es ist bedauerlich, dass es nicht möglich war, alle diese Fragen im Rahmen eines ordentlichen Revisionsverfahrens zu prüfen und innert nützlicher Frist einen ausgewogenen und ausgereiften Gesetzesentwurf vorzulegen. Obschon eine Arbeitsgruppe bereits 1968 wertvolle Vorarbeit geleistet hat, ist es der seit 1975 tätigen Juristen-Expertengruppe nicht gelungen, diese Aufgabe zu lösen.

Heute liegt nicht einmal eine Partialrevision, sondern nur eine in Form und Inhalt etwas eigenartige Ergänzung des weiterhin geltenden Atomgesetzes vor. Die Vorlage kommt aber in ihrer praktischen Tragweite einer nachträglichen Erschwerung von bewilligten Kernkraftwerkrealisierungen beziehungsweise der Infragestellung von rechtskräftigen Standortbewilligungen gleich. In seiner Zielrichtung gegen einzelne Projekte (vgl. Ziff. 5 unten) kann dem Entwurf der Vorwurf gesetzgeberischer Willkür nicht erspart werden.

2. Rahmenbewilligung

Der Bundesrat hat sich in seiner Botschaft zum Atomgesetz vom 8. Dezember 1958 (BBl Nr. 50 vom 18. Dezember 1958, Band II, S. 1525 ff.) eingehend mit der Art des Bewilligungsverfahrens auseinandergesetzt. In seinen grundsätzlichen Darlegungen kam er zum Schluss, dass «weder eine staatliche noch eine aus wirtschaftspolitischen Überlegungen staatlich dirigierte Nutzung der Atomenergie notwendig oder zweckdienlich erscheint». Er sah deshalb «eine grundsätzlich privatwirtschaftliche Lösung» vor.

Diese Überlegungen haben sich seit der praktischen Anwendung des Gesetzes bewährt; sachliche Argumente für eine andere Lösung werden nicht vorgebracht. Wenn der Bundesrat nun trotzdem das bisherige Bewilligungsverfahren durch eine Rahmenbewilligung erweitern will, dann müssen aus der Sicht der Elektrizitätswirtschaft folgende bestimmte Voraussetzungen gegeben sein:

- Die Rahmenbewilligung sollte nach Inhalt und Bedeutung der bisherigen Standortbewilligung entsprechen.
- Die Gründe für eine Ablehnung der Rahmenbewilligung sollten im Gesetzestext abschliessend aufgeführt werden, wie beispielsweise im Rohrleitungsgesetz.
- Die auf die Rahmenbewilligung folgenden weiteren Bewilligungen gemäss Art. 4, Abs. 1, lit. a) des Atomgesetzes sind rein technischer Natur und sollten durch den Bundesrat (ohne Kompetenzdelegation) erteilt werden. Sie dürfen mit andern Worten nicht rekursfähig sein (betr. Einsprachemöglichkeit vgl. Ziff. 3, Abs. 5 unten).

Entscheidend ist, dass auf die mit der Rahmenbewilligung entschiedenen Grundsatzfragen nachher nicht mehr zurückgekommen werden darf.

3. Bewilligungsinstanz

Bewilligungsinstanz für die verschiedenen Bewilligungen war bis anhin der Bundesrat, der diese Kompetenz gemäss VO über Begriffsbestimmungen und Bewilligungen im Gebiete der Atomenergie vom 13. Juni 1960/23. Dezember 1968 an das EVED delegiert hat.

Wegen der heutigen Verpolitisierung der Kernenergiefrage wird im Bundesbeschluss vorgeschlagen, den Entscheid über die Bewilligung einer Atomanlage in Zukunft einer politischen Behörde anzuvertrauen. Dabei wird im Vernehmlassungsverfahren als Bewilligungsinstanz alternativ der Bundesrat oder die Bundesversammlung vorgeschlagen.

Der Einbezug des Parlamentes in das Bewilligungsverfahren könnte eine Möglichkeit darstellen, die Kernenergie auf eine breitere politische Basis zu stellen, doch sprechen unseres Erachtens gewichtige Gründe gegen eine solche Lösung. Die an sich erwünschte Versachlichung der Kernenergiefrage würde in noch weitere Ferne gerückt; eine zusätzliche Emotionalisierung wäre

begonnen zu s'occuper en 1968 déjà de la révision de la loi. La révision devait principalement porter sur les sujets suivants: prise en compte des conventions internationales à propos de la responsabilité civile, ajustement de l'assurance et droit d'expropriation. Il est regrettable qu'il n'ait pas été possible d'examiner en temps utile toutes ces questions dans le cadre d'une procédure ordinaire de révision et de soumettre un projet de loi équilibré et mûr. Bien qu'un groupe de travail ait soigneusement préparé les choses en 1968 déjà, la commission d'experts juridiques en activité depuis 1975 n'est pas parvenue à s'acquitter de cette tâche.

Aujourd'hui, il n'existe même pas de révision partielle, mais uniquement le projet d'arrêté dont il est question ici et qui doit compléter la loi toujours en vigueur, arrêté dont la forme et la teneur sont quelque peu singulières. De par sa portée pratique, ce projet apporte des difficultés supplémentaires en ce qui concerne les centrales nucléaires ayant fait l'objet d'une autorisation et il conduit à remettre en cause des approbations de site juridiquement inattaquables. Du fait que le projet d'arrêté touche certains projets nucléaires (voir ch. 5 ci-après), on peut lui reprocher de constituer une mesure législative de caractère arbitraire.

2. Autorisation générale

Dans son message du 8 décembre 1958 (FF N° 50 du 18 décembre 1958, volume II, p. 1549), concernant la loi sur l'énergie nucléaire, le Conseil fédéral a commenté de façon détaillée la nature de la procédure d'autorisation. Il en vint finalement à conclure «qu'il ne paraît pas nécessaire, ni judicieux, d'étatiser l'industrie atomique ou de la placer sous le contrôle de l'Etat pour des raisons relevant de la politique économique». C'est pourquoi il envisageait «en principe une solution d'économie privée».

Depuis que la loi est appliquée, cette conception s'est révélée valable. Aucun argument objectif n'a pu être avancé en faveur d'une autre solution. Si le Conseil fédéral tenait finalement à élargir malgré tout l'actuelle procédure d'autorisation par une autorisation générale, l'économie électrique estime que les conditions suivantes doivent absolument être garanties:

- L'autorisation générale devrait correspondre, dans sa teneur et sa signification, à l'actuelle approbation de site.
- Les raisons susceptibles de justifier le refus de l'autorisation générale devraient être définies dans le texte de l'arrêté, comme c'est par exemple le cas dans la loi sur les installations de transport par conduites.
- Les autres autorisations qui suivent l'autorisation générale, selon l'art. 4, 1^{er} alinéa, lettre a de la loi sur l'énergie atomique, présentent un caractère strictement technique et devraient être octroyées par le Conseil fédéral (sans délégation de compétence). En d'autres termes, il ne devrait pas y avoir de droit de recours en ce qui les concerne. (Quant au droit d'objection, voir ch. 3, 5^e alinéa.)

Ce qui est important, c'est de ne plus remettre en cause les questions de principe tranchées dans l'autorisation générale.

3. Organe habilité à délivrer les autorisations

Jusqu'à présent, l'organe habilité à octroyer les différentes autorisations était le Conseil fédéral, qui avait délégué cette compétence au Département fédéral des transports et communications et de l'énergie, selon l'ordonnance du 13 juin 1960/23 décembre 1968 concernant les définitions et les permis dans le domaine de l'énergie atomique.

Etant donné que le domaine de l'énergie nucléaire a acquis aujourd'hui une dimension politique, l'arrêté fédéral prévoit que le pouvoir d'octroyer l'autorisation pour une installation atomique soit dorénavant confié à une autorité politique. A ce sujet, il est proposé deux variantes dans la procédure de consultation, à savoir soit le Conseil fédéral soit l'Assemblée fédérale.

Le fait de faire intervenir le Parlement dans la procédure d'autorisation pourrait offrir une possibilité d'élargir la base politique pour l'acceptation de l'énergie nucléaire. Néanmoins, nous estimons que des raisons importantes s'opposent à une telle solution. La discussion objective sur l'énergie nucléaire, qui est

unvermeidlich, womit die Kernenergiepolitik noch weiter strapaziert würde. Ferner würde eine solche Lösung dem schweizerischen staatspolitischen System der Gewaltentrennung zuwiderlaufen und unserem bereits überforderten Parlament eine neue grosse Aufgabe übertragen.

Die Elektrizitätswirtschaft vertritt deshalb den Standpunkt, dass der Bundesrat über die Erteilung der Rahmenbewilligung wie auch der nachfolgenden übrigen Bewilligungen befinden sollte, wie er dies bei den Rohrleitungen und Fernmeldeeinrichtungen von grosser Bedeutung bereits tut.

Das für die parlamentarische Zuständigkeit angeführte Argument des Ausschlusses des Rekursrechtes gegen eine Rahmenbewilligung trifft beim Bundesrat als Instanz für die Erteilung der Rahmenbewilligung ebenfalls zu. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass der Bundesbeschluss im Bewilligungsverfahren das Einwendungsrecht der Betroffenen ausdrücklich erwähnt, wie dies übrigens im Rohrleitungsgesetz ebenfalls stipuliert ist. Gegen die Einsprachemöglichkeit in einem frühen Stadium (Rahmenbewilligung) ist von seiten der Elektrizitätswirtschaft nichts einzuwenden.

4. Bedürfnisnachweis

Gegen die Einführung des Bedürfnisnachweises sprechen von seiten der Elektrizitätswirtschaft und der an ihr beteiligten Gemeinwesen schwerwiegende Gründe: Seit rund 90 Jahren hat die schweizerische Elektrizitätswirtschaft die Versorgung des Landes mit Strom sichergestellt und damit die Bedürfnisfrage selber und in eigener Verantwortlichkeit immer sehr sorgfältig geprüft. Unser Land ist damit gut gefahren, und nachgewiesenermassen sind bis heute keine Kraftwerke auf Vorrat gebaut worden. Der Bedürfnisnachweis bedeutet einen erheblichen und einseitigen Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit und beraubt die Kantone, die grösstenteils an den Kraftwerken direkt oder indirekt beteiligt sind, eines Teiles ihrer Entscheidungsbefugnis. Ferner wäre die Elektrizitätswirtschaft bei einer Regelung mit Bedürfnisnachweis praktisch nicht mehr in der Lage, ihrer Versorgungspflicht nachzukommen; die Verantwortung für eine ausreichende Stromversorgung läge bei der Bewilligungsinstanz. Es geht auch nicht an, nur einem Zweig der Energiewirtschaft, nämlich der Elektrizitätswirtschaft, die eine Versorgungspflicht hat und zudem nur 17 % der schweizerischen Energiewirtschaft abdeckt, eine Bedürfnisklausel zuzumuten. Eine Bedürfnisklausel lediglich zu Lasten der Elektrizitätswirtschaft fördert das energiepolitisch unerwünschte Ausweichen auf andere Energieträger (z. B. Öl).

Die Bedürfnisklausel ist ein eindeutiges und einseitiges Instrument der staatlichen Wirtschaftslenkung, welche von der Elektrizitätswirtschaft abgelehnt wird, und zwar gleichgültig, welches Gremium im Bund dafür als zuständig erklärt wird. Der Bedürfnisnachweis ist daher als Kriterium für die Erteilung einer Rahmenbewilligung zu streichen (Bundesbeschluss Art. 2, lit. b, und Art. 3, Abs. 3, lit. a).

5. Übergangsrecht

Vom Gesichtspunkt der Rechtssicherheit und der Rechtsstaatlichkeit aus kommt dem Übergangsrecht besondere Bedeutung zu. Die Übergangsbestimmungen sind so zu gestalten, dass Werke, welche bereits über eine Standortbewilligung verfügen, nicht unter das neue Recht fallen. Ihr Einbezug bedeutet einen Eingriff in wohlerworbene Rechte, da sie nach heutiger Rechtslage einen eindeutigen Rechtsanspruch auf Erteilung der Baubewilligung besitzen, sofern nachgewiesen wird, dass die Sicherheit der Anlage gewährleistet werden kann.

Strikte abgelehnt wird die in Art. 4 der Vorlage vorgesehene Neuüberprüfung der Standortbewilligung «wegen einer wesentlichen Änderung der Umstände seit ihrer Erteilung ...». Bestim-

en sei souhaitable, n'en souffrirait que d'avantage, et les arguments émotionnels se multiplieraient inévitablement. Ce seraient autant d'éléments contribuant à compliquer encore la situation de l'énergie nucléaire dans la politique énergétique. Une telle solution irait en outre à l'encontre du principe de politique nationale dit de la séparation des pouvoirs et ne ferait qu'apporter une autre tâche importante au Parlement déjà trop sollicité.

Ce sont les raisons pour lesquelles l'économie électrique estime que la décision quant à l'octroi de l'autorisation générale et des autorisations ultérieures devrait appartenir au Conseil fédéral, comme c'est déjà le cas pour les installations de transport par conduites et pour les grands projets de télécommunications.

L'argument selon lequel le droit de recours contre une autorisation générale est exclu lorsque la compétence appartient au Parlement, est également valable dans le cas où le Conseil fédéral est l'organe compétent pour octroyer l'autorisation générale. Signalons à ce sujet que l'arrêté fédéral prévoit expressément que les intéressés ont le droit de faire objection dans la procédure d'autorisation ainsi que la législation le stipule également dans la loi sur les installations de transport par conduites. Cette possibilité d'objection au premier stade (autorisation générale) n'est pas contestée par l'économie électrique.

4. Condition du besoin

L'économie électrique et les collectivités publiques qui y participent ont de sérieuses raisons de s'opposer à l'introduction de la condition du besoin. L'économie électrique suisse assure depuis 90 ans l'alimentation du pays en énergie électrique, et elle a toujours évalué consciencieusement, de façon autonome et sous sa propre responsabilité, la condition du besoin. Notre pays n'a pas eu à s'en plaindre, et l'on sait que jusqu'à présent aucune centrale n'a été construite à titre de réserve. L'institution légale de la condition du besoin constituerait une intervention considérable et unilatérale dans la liberté du commerce et de l'industrie; elle priverait les collectivités cantonales et communales d'une partie de leurs pouvoirs de décision. La plupart des cantons détiennent d'ailleurs une participation directe ou indirecte dans les entreprises électriques. De plus, l'existence d'une condition légale du besoin aurait pour conséquence que l'économie électrique ne serait pratiquement plus en mesure de satisfaire à son obligation d'approvisionnement. La responsabilité de l'approvisionnement en quantité suffisante appartiendrait alors à l'organe compétent en matière d'autorisation. Il serait en outre injuste de pénaliser, par l'introduction d'une clause de besoin, une seule branche de l'économie énergétique, en l'occurrence l'économie électrique, qui a l'obligation d'approvisionner et qui, en outre, ne participe qu'à raison de 17 % au bilan énergétique suisse. Une clause de besoin établie au détriment de la seule économie électrique favoriserait le recours à d'autres agents énergétiques (p. ex. le pétrole), ce qui n'est pas souhaitable sur le plan de l'économie énergétique en général.

La clause du besoin équivaudrait à une tentative évidente et unilatérale de dirigisme économique de la part de l'Etat. L'économie électrique la rejette, et ceci quel que soit l'organe de la Confédération qui aurait la compétence d'en juger. Il convient dès lors de ne pas faire de la condition du besoin un critère pour l'octroi d'une autorisation générale (arrêté fédéral, art. 2, lettre b, et art. 3, 3^e alinéa, lettre a).

5. Dispositions transitoires

Du point de vue de la garantie des droits et de celui de la constitutionnalité, les dispositions transitoires méritent une attention spéciale. Ces dispositions doivent être prévues de telle sorte que les centrales ayant déjà obtenu une approbation de site soient hors de cause. Le cas contraire représenterait une atteinte à des droits acquis. Selon le statut juridique actuel, lesdites centrales ont notamment un droit irréfutable à l'obtention de l'autorisation de construire, dans la mesure où il peut être prouvé qu'elles offrent la sécurité requise.

Les dispositions prévues à l'art. 4 du projet d'arrêté et concernant le réexamen de l'approbation de site «par suite d'un changement notable de la situation» sont purement et simplement re-

mungen, die wie diese einen so hohen Grad an Unsicherheit und Unbestimmbarkeit in sich tragen, sind nach schweizerischer Rechtsauffassung nicht würdig, in einen Erlass mit Gesetzescharakter aufgenommen zu werden.

Sollte das neue Recht eine Verletzung der wohlverordneten Rechte gemäss geltendem Atomgesetz zur Folge haben, so würde dies entsprechend unserer Auffassung über Rechtsstaat und Rechtssicherheit eine Entschädigungspflicht des Bundes nach sich ziehen.

Vorstand VSE

Anlässlich seiner letzten Sitzung im Jahre 1976 befasste sich der Vorstand VSE unter dem Präsidium von Herrn Dr. C. Babaiantz, neben statutarischen Geschäften, wie Aufnahme neuer Mitglieder in den Verband sowie Wahlen in Kommissionen, vor allem mit energiepolitischen Fragen. Im Vordergrund der Beratungen stand der Entwurf zu einem Bundesbeschluss zum Atomgesetz. Mit Bedauern nahm der Vorstand davon Kenntnis, dass es der durch das EVED ernannten Expertengruppe nicht gelang, innerhalb eines Jahres einen vollständigen Revisionsentwurf vorzulegen, so dass sie es vorzog, in einem ersten Schritt einen zeitlich begrenzten Bundesbeschluss vorzuschlagen. Zu grössten Bedenken gibt der Vorschlag der Einführung einer Bedürfnisklausel für Kernkraftwerke Anlass, wird doch damit nur ein, und zwar ein relativ geringer Teil der Energiewirtschaft betroffen. Völlig abwegig sind auch die vorgesehenen Übergangsbestimmungen, die rechtsgültige Bewilligungen in Frage stellen. In einer entsprechenden Eingabe wird der Vorstand den Bundesrat auf mögliche schwerwiegende Konsequenzen aufmerksam machen. Schliesslich genehmigte der Vorstand das Programm 1977 für Tagungen und Kurse und stimmte einer Weiterführung des Verbandsvertrages «Haftpflichtversicherung» bei gleichen Konditionen zu. Der Verbandsvertrag «Kollektivunfallversicherung» wurde aufgelöst. *Br*

Kommission für Aufklärungsfragen

Die Kommission für Aufklärungsfragen nahm an ihrer Sitzung vom 4. November 1976 zur Kenntnis, dass der Vorstand des VSE das Aktionsprogramm (samt Budget) für die Öffentlichkeitsarbeit im Jahre 1977 genehmigt hat.

Im Rahmen der Gemeinschaftsaktion «Öffentlichkeitsarbeit Kernenergie Schweiz» läuft die Herbst-Folge der Inserate: Mehrere Mitgliedwerke des VSE haben auf eigene Kosten Anschlussaufträge für Einschaltungen in Lokal- und Regionalzeitungen erteilt. Die Inserate lösen zahlreiche Zuschriften aus, welche alle individuell beantwortet werden.

Die zwei ersten Kurse zur Schulung von EW-Leitern für Fernsehauftritte sind mit Erfolg durchgeführt worden. Auf dem Gebiet der Journalistenausbildung sind 1977 Arbeitstagungen und Informationsfahrten vorgesehen.

Einige bekannte Kernenergiegegner haben am 2. November unter der Bezeichnung «Energienstiftung» eine Organisation gegründet, deren Bedeutung nicht zu unterschätzen ist.

Das vierteljährlich mit einer Auflage von 250 000 Exemplaren erscheinende und von allen massgeblichen Parteien getragene Jugendmagazin «Dialog» kündigt eine dem Thema «Energie» gewidmete Sondernummer an. Der VSE hat für den Sektor «Elektrizität» der Redaktion umfassendes Dokumentationsmaterial zugestellt und ein ganzseitiges Inserat disponiert.

Die ELWI meldet, dass die Tagung in Bern über Substitutionsmöglichkeiten ein Erfolg war und kündigt eine Broschüre über «Warmwasserbereitung» an.

Das OFEL blickt mit Befriedigung auf die Sonderschau «Lumière et style» am Comptoir Lausanne zurück und bereitet eine populäre Broschüre über elektrische Raumheizung sowie einen Koordinationsplan zur Verbesserung der Kontakte mit den Massenmedien in der Suisse romande vor.

Die SVA hat die deutsche Fassung der neuen Broschüre «Energie – Kernenergie» in 500 000 Exemplaren herausgegeben; eine französische Fassung ist in Arbeit. Die Zahl der individuellen Anfragen betreffend Kernenergie nimmt ständig zu; der Aufbau eines internationalen Netzes für rasche Übermittlung von

fusées. Des dispositions de cette nature, qui introduisent une aussi grande dose d'incertitude et d'imprévu, ne méritent aucunement, d'après les conceptions juridiques suisses, d'être intégrées dans un arrêté ayant caractère de loi.

Si la nouvelle législation devait porter atteinte aux droits acquis en vertu de l'actuelle loi sur l'énergie atomique, nous estimons que, d'après nos conceptions du droit constitutionnel et du droit pur et simple, la Confédération aurait à indemniser les parties lésées.

Comité de l'UCS

Dans sa dernière réunion de 1976, le Comité de l'UCS, présidé par M. Babaiantz, s'est surtout occupé de problèmes de politique énergétique; il a traité en outre diverses questions administratives, telles que l'adhésion de nouveaux membres à l'Union et les élections au sein de commissions.

L'objet principal des discussions a été le projet d'un arrêté fédéral modifiant la loi sur l'énergie atomique. Le Comité a déploré que la commission nommée par le Département fédéral des transports et communications et de l'énergie n'ait pas réussi en l'espace d'une année à soumettre un projet de révision générale, préférant proposer en première étape un arrêté fédéral de durée limitée. La proposition d'introduire une clause du besoin suscite la plus grande défiance, car cette clause ne s'appliquerait qu'à un seul secteur de l'économie énergétique, par ailleurs assez restreint. Les dispositions transitoires sont elles aussi choquantes, car elles remettent en cause des autorisations valablement octroyées. Le Comité communiquera au Conseil fédéral sa position en soulignant les conséquences graves qui pourraient résulter du projet d'arrêté.

Enfin, le Comité a approuvé le programme des réunions et des cours pour 1977 ainsi que la reconduction, aux mêmes conditions, du contrat d'assurance responsabilité civile de l'Union. Le contrat d'assurance-accidents collective a été résilié. *Br*

Commission pour les questions d'information

Lors de sa réunion du 4 novembre 1976, la Commission pour les questions d'information a pris note que le Comité de l'UCS a approuvé le programme de travail et le budget des relations publiques pour 1977.

Dans le cadre de l'action conjointe dite d'information publique sur l'énergie nucléaire, la campagne d'annonces dans la presse a été poursuivie en automne 1976. De plus, quelques membres de l'UCS ont fait paraître à leurs frais plusieurs de ces annonces dans des journaux locaux et régionaux. Il résulte de cette action de nombreuses lettres de la part de lecteurs, auxquelles il est répondu individuellement.

Les deux premiers cours d'expression télévisuelle pour chefs d'entreprises d'électricité ont été une réussite. En 1977, il est prévu des actions d'information pour journalistes, consistant en séances de travail et programmes de visites.

Quelques adversaires réputés de l'énergie nucléaire ont fondé le 2 novembre 1976 une organisation appelée «Fondation suisse pour l'énergie», dont l'importance ne doit pas être sous-estimée.

Le magazine des jeunes «Dialog», qui est tiré trimestriellement à 250 000 exemplaires et qui est soutenu par tous les grands partis, a annoncé l'édition d'un numéro spécial (paru entre-temps) consacré à l'énergie. L'UCS a fourni à la rédaction une importante documentation sur le sujet électricité et s'est réservée une page entière pour une annonce.

L'Electrodifusion (ELWI) signale que la journée d'information à Berne sur les possibilités de substitution du pétrole par l'électricité a été un succès et annonce la parution d'une brochure sur la préparation d'eau chaude.

L'OFEL se déclare satisfait de l'exposition spéciale «Lumière et style» au Comptoir de Lausanne. Il prépare une brochure populaire sur le chauffage électrique des locaux et un programme d'actions visant à améliorer les relations avec les mass media en Suisse romande.

L'ASPEA a fait tirer sa nouvelle brochure «Energie-Kernenergie» en 500 000 exemplaires. Une version française est en préparation. Comme le nombre des demandes individuelles d'informations sur l'énergie nucléaire est en progression, l'ASPEA

«Nuklear-Aktualitäten» ist in Arbeit, ebenso eine Neuauflage des Leseheftes für Gewerbeschüler sowie eine populäre Frage- und Antwortbroschüre. Der Film «Kernkraftwerke: Unsere neue Energiequelle» wird à jour gebracht.

Im Hinblick auf das 1978 in St. Moritz zu begehende Jubiläum «100 Jahre elektrische Beleuchtung in der Schweiz» werden verschiedene Vorschläge für mögliche Aktionen, welche diesen Anlass in die Öffentlichkeit tragen sollen, diskutiert. Der PTT wird die Ausgabe einer Sondermarke beantragt.

Die Verteilung von Nr. 1 der Jugendzeitung «Hochspannung» (bzw. «Le Kilowattheure») ist abgeschlossen, ebenso der damit verbundene Wettbewerb «Rund um den Strom» (siehe Spezialbericht). Im Waadtland hat die Behauptung einiger Lehrer, die Publikation sei einseitig, in der Regionalpresse Widerhall gefunden. In der italienischsprachigen Schweiz ist die Zeitung mancherorts nicht in die Hände der Schüler gelangt.

Von Nr. 2 der Jugendzeitung sind die deutsche und die französische Fassung («Hochspannung '76»/«Le Kilowattheure '76») gleichzeitig im Oktober erschienen. Die meisten kantonalen Erziehungsdirektionen haben diese Publikation begrüsst; die zuständigen Behörden der Kantone Waadt und Genf haben zur Verteilung jedoch Vorbehalte angebracht. Sehr erfreulich ist die Reaktion der Mitgliedwerke: Bis Ende Oktober sind schon nahezu 200 000 Exemplare beim VSE bestellt worden. Die individuelle Beantwortung von mehr als 300 Einzelanfragen durch die VSE-Informationsstelle ist ein positives Zeichen des verstärkten Dialoges mit der Öffentlichkeit. Seit Januar 1976 wurde der Film «Energie 2000» in 140 Vorführungen vor rund 6000 Personen gezeigt. Der teilweise überholte Kommentar (aufgenommen 1972) wird nächstens à jour gebracht.

Im Frühjahr 1977 führt die Informationsstelle VSE für EW-Leiter regionale, eintägige Seminare über die «Praxis der Öffentlichkeitsarbeit» durch. Gleichzeitig wird ein «Leitfaden» für die Abgabe an Teilnehmer und Elektrizitätswerke erstellt. Ci

Arbeitsgruppe

«Schweizerische Störungs- und Schadenstatistik»

Die *Arbeitsgruppe «Schweizerische Störungs- und Schadenstatistik»* führte unter dem Vorsitz von S. Föllmi am 3./4. Juni 1976 in Zürich eine Aussprache mit Vertretern der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) und des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs (VEÖ) durch. Bei der Weiterarbeitung der schweizerischen Dokumente waren im Zusammenhang mit den ausländischen Statistiken verschiedene Fragen aufgetreten, die Gegenstand dieser Aussprache bildeten. Vor allem ging es um die eventuelle Zusammenfassung der Begriffe «Fehler» und «Störung» sowie um die Streichung der Schadenursache und des Überspannungsschutzes. In bezug auf die Unterteilung der Spannungen von 1 bis 36 kV schloss sich die Arbeitsgruppe derjenigen der VDEW an. Die Sortimentsreduktion auf dem Kabelsektor schweizerischerseits stiess auf reges Interesse. Wesentlicher Diskussionspunkt bildeten die Unterbruchs- und Nichtverfügbarkeitsdauer. Dann haben Erfahrungen im Ausland gezeigt, dass infolge der grossen Anzahl von Störungsmeldungen die Mitberücksichtigung der Niederspannungsnetze problematisch ist. Die geführte Aussprache brachte wesentliche Ergebnisse zugunsten aller Beteiligten.

Eine kleine Delegation der Arbeitsgruppe informierte sich am 1. Juli 1976 an einer Sitzung des Unterausschusses «Störungs- und Schadenstatistik» des VEÖ in Wien über die Struktur der österreichischen Statistik und vor allem über den administrativen Ablauf und die EDV-Programmgestaltung. Besonderen Gegenstand bildete dabei auch die Struktur und die Handhabung des Fehlersuchprogrammes im Zusammenhang mit der internen Auswertung verschiedener grösserer Elektrizitätswerke. Im weiteren kam die Erfassung der ausgefallenen Leistung zur Sprache.

An ihrer 10. Sitzung vom 6. Juli 1976 in Olten fasste die VSE-Arbeitsgruppe aufgrund der Ergebnisse der internationalen Sitzung in Zürich verschiedene Beschlüsse, die entsprechende An-

gesten in der Organisation eines internationalen Netzes für die schnelle Übermittlung von Informationen über Kernenergie. Sie wird eine Broschüre d'information für les étudiants d'écoles professionnelles et élaborer un petit recueil populaire de questions et de réponses. Le film «Centrales nucléaires, notre nouvelle source d'énergie» fait l'objet d'une mise à jour.

En vue du centenaire de l'éclairage électrique en Suisse qui sera fêté en 1978 à St-Moritz, différentes propositions sont à l'étude concernant des actions devant attirer l'attention du public. L'édition d'un timbre-poste spécial sera sollicitée auprès des PTT.

La distribution du premier numéro du journal «Le Kilowattheure» pour la jeunesse («Hochspannung») est arrêtée et le concours correspondant «L'électricité de A à Z» est clos (voir compte rendu spécial). Dans le canton de Vaud, quelques professeurs avaient reproché au journal d'être partial, ce qui a trouvé des répercussions dans la presse régionale. Au Tessin, le journal n'est pas parvenu aux écoliers à plus d'un endroit.

Les éditions française et allemande du deuxième numéro du journal («Le Kilowattheure '76»/«Hochspannung '76») ont paru simultanément en octobre 1976. La plupart des chefs des départements cantonaux de l'instruction publique ont salué la publication, mais les autorités scolaires des cantons de Vaud et de Genève ont émis des réserves quant à sa distribution. La réaction des membres de l'UCS est par contre très satisfaisante, puisqu'à la fin du mois d'octobre près de 200 000 exemplaires avaient déjà été commandés.

En 1976, le courrier des lecteurs et intéressés s'est chiffré à plus de 300 demandes, auxquelles le Service de l'information de l'UCS a répondu individuellement. Cela montre que le dialogue avec le public se renforce.

Depuis le mois de janvier 1976, le film «Energie 2000» a été projeté 140 fois devant quelque 6000 spectateurs. Le commentaire du film, qui est partiellement périmé (enregistré en 1972), sera réadapté prochainement.

Au printemps 1977, le Service de l'information de l'UCS organisera à l'intention des chefs d'entreprises d'électricité des séminaires d'une journée sur la pratique des relations publiques. A cet effet, sera élaboré un petit guide pratique destiné à être remis aux participants. Ci

Groupe de travail

«Statistique suisse des perturbations et dommages»

Le Groupe de travail «Statistique suisse des perturbations et dommages» a tenu les 3 et 4 juin 1976, à Zurich, sous la présidence de M. S. Föllmi, une réunion de consultation avec des représentants de la Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) et du Verband der Elektrizitätswerke Österreichs (VEÖ). Le but de la réunion consistait à examiner différents problèmes soulevés pendant la mise au point des documents suisses à partir des statistiques de l'étranger. Il avait ainsi principalement été question de réunir éventuellement les notions «défaut» et «perturbation» et de ne pas prendre en considération l'origine des dommages et la protection contre les surtensions. En ce qui concerne la subdivision de la gamme des tensions de 1 à 36 kV, le groupe de travail adopta celle de la VDEW. La liste réduite suisse des indices numériques dans le domaine des câbles a suscité de l'intérêt. L'essentiel des discussions se concentra sur les durées d'interruption et d'indisponibilité. Des expériences à l'étranger montrent qu'il est difficile de prendre en considération les réseaux à basse tension en raison du grand nombre de perturbations signalées. L'ensemble des échanges de vues a été profitable à tous les participants.

Une petite délégation du groupe de travail s'était informée le 1er juillet 1976, lors d'une réunion à Vienne du Sous-Comité «Statistique des perturbations et dommages» du VEÖ, sur la structure de la statistique autrichienne, notamment en ce qui concerne la procédure administrative et la conception des programmes informatiques. Cette délégation s'est également renseignée en détail sur la structure et l'utilisation des programmes de détection des défauts utilisés dans différentes grandes entreprises d'électricité. Elle a examiné en outre la question de la prise en compte des absences de puissance.

Lors de sa 10^e réunion, le 6 juillet 1976 à Olten, le groupe de travail prit, compte tenu des points élucidés lors de la réunion

derungen der verschiedenen Unterlagen zur Folge hatten, im besonderen betreffend die Spannungsgruppen und die mittlere ausgefallene Leistung.

An der 11. Sitzung vom 4. Oktober 1976 in Baden befasste sich die Arbeitsgruppe mit der Aufstellung einer Richtlinie für die EDV-Ausgabe. Es entstand das Bedürfnis nach verschiedenen Sonderauszügen, die jeweils ohne besondere Vorkehrungen mittels der EDV möglich sein sollten. Dies bedingt eine umfassendere Programmierung als ursprünglich vorgesehen. Dann wurde das Netzdatenblatt bereinigt, und es folgten einige Ergänzungen im Kennziffernverzeichnis.

Die Arbeitsgruppe liess sich im weiteren an einer Sitzung des Arbeitsausschusses «Störungs- und Schadenstatistik» der VDEW vom 19./20. Oktober 1976 in Kronberg (b. Frankfurt) vertreten. Es ergab sich dabei die Gelegenheit, Fragen schweizerischerseits aufgrund der in Deutschland gemachten Erfahrungen zu behandeln.

Die 12. Sitzung der VSE-Arbeitsgruppe vom 8. Dezember 1976 in Bern führte zum vorläufigen Abschluss des Kennziffernverzeichnisses, der Erläuterungen, der Begriffsbestimmungen und des Netzdatenblattes. Schlussendlich wurde die Orientierungsversammlung provisorisch auf den Spätsommer dieses Jahres anberaumt. *Rd*

internationale à Zurich, différentes décisions qui se répercutèrent par des modifications dans les divers documents, notamment en ce qui concerne les gammes de tensions et la moyenne des absences de puissance.

Pendant sa 11^e réunion, le 4 octobre 1976 à Baden, le groupe de travail s'occupa des directives concernant les sorties d'ordinateur. On exprima le désir d'avoir différentes sorties spéciales, qui devraient toutes pouvoir être réalisées par un ordinateur sans nécessiter de dispositions particulières. Ceci implique une programmation plus complexe que celle prévue initialement. La fiche des caractéristiques de réseau a été ensuite mise au point et la liste des indices numériques a été complétée.

Le groupe de travail se fit en outre représenter à la réunion du Comité de travail «Statistique des perturbations et dommages» de la VDEW, tenue les 19 et 20 octobre 1976 à Kronberg (près de Francfort). L'occasion fut donnée d'examiner des questions posées en Suisse, compte tenu des expériences faites en Allemagne.

La 12^e réunion du groupe de travail, le 8 décembre 1976 à Berne, a permis d'achever le projet de la liste des indices numériques, de la notice explicative, de la notice des définitions et de la fiche des caractéristiques de réseau. La réunion d'information est prévue vers la fin de l'été 1977. *Rd*

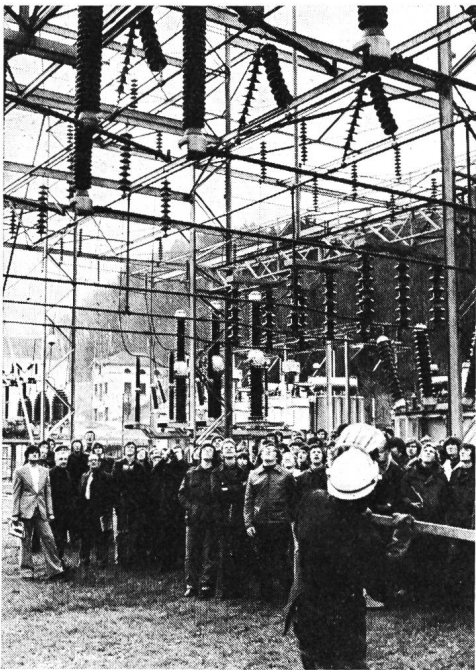
Der VSE-Jugendwettbewerb «Rund um den Strom»

Am Wettbewerb «Rund um den Strom», der in Nr. 1 der VSE-Jugendzeitung «Hochspannung» ausgeschrieben war, haben 298 Teilnehmer in 6 Kategorien mit total 41 Arbeiten mitgemacht. Darunter befanden sich 8 Kollektivarbeiten von Schulklassen mit zusammen 200 Schülerinnen und Schülern sowie 5 Arbeiten von Lehrlingsklassen (37 Teilnehmer). Die eingereichten Arbeiten umfassten vom einfachen Aufsatz über Bildreportagen, Schaufensterausstellungen, exakten Verbrauchsstudien mit lokalen Stromsparaktionen bis zu Tonbildschauen und Super-8-Filmen eine Vielfalt guter Lösungen, so dass es der Jury schwerfiel, sie zu beurteilen und zu prämiieren. Schliesslich erkannte sie elf Arbeiten in 6 Kategorien den 1. Rang zu, so dass 109 von den insgesamt 298 Teilnehmern zur angekündigten «Elektrischen

Concours pour la jeunesse «L'électricité de A à Z»

Le concours «L'électricité de A à Z» a été publié dans le premier numéro du journal «Le Kilowattheure» édité par l'UCS à l'intention de la jeunesse. 298 jeunes répartis en 6 catégories y ont participé en remettant 41 travaux, dont 8 travaux collectifs de classes d'étudiants (200 participants) et 5 de classes d'apprentis (37). Les travaux allaient du simple rapport au film super 8, en passant par des reportages illustrés, des expositions en vitrine, des études sur la consommation liées à des actions appelant à l'économie d'électricité, et des spectacles audio-visuels. Une multitude de bonnes idées ont été ainsi présentées, de sorte que le jury eut de la peine à sélectionner les meilleures. Onze travaux de 6 catégories de participants ont été finalement primés, ce qui fait que 109 des 298 participants furent invités au «Tour de l'électricité suisse». Ce tour consista en un voyage, entrepris les 19 et 20 novembre 1976, avec un train spécial des CFF du type «Flèche rouge». La première étape fut Göschenen, où les participants purent écouter un exposé sur l'approvisionnement électrique des CFF, visiter la centrale souterraine de Göschenen et assister à la projection d'un film sur la construction de cet aménagement hydroélectrique. Après une nuit passée à Berne, le voyage continua vers Mühleberg, où la journée fut consacrée à la visite de l'«ancienne» centrale hydraulique et de la nouvelle centrale nucléaire, un contraste bien intéressant. Les 24 écoliers âgés de 10 et 11 ans d'une classe primaire des Verrières (NE) et dont les projets d'affiches sur le thème des économies d'énergie se trouvaient également parmi les travaux primés, ne prirent pas part à ce voyage. Ils en firent un autre, en compagnie de leur instituteur, avec visite de la centrale de Birsfelden et du zoo de Bâle.

Les journaux locaux ont commenté le succès des gagnants du concours et différents quotidiens ont publié le reportage illustré sur le «Tour de l'électricité suisse» qui leur fut adressé. *Ci*



Tour de Suisse» eingeladen werden konnten. Diese fand am 19./20. November mit einem «Roten Doppelpfeil» der SBB statt, führte zunächst nach Göschenen (Orientierung über die Stromversorgung der SBB, Besichtigung der Kavernenzentrale des Kraftwerkes Göschenen und Vorführung des Films über den Bau der ganzen Anlage) und dann zur Übernachtung nach Bern. Der zweite Tag war einem Besuch in Mühleberg gewidmet, wo der

Kontrast zwischen dem «alten» Wasserkraftwerk und dem Kernkraftwerk höchst aufschlussreich war. Die 24 zeh- und elfjährigen Kinder einer Primarschulklasse aus Les Verrières, deren originelle Entwürfe für Plakate zum Thema «Energie sparen» ebenfalls prämiert worden waren, nahmen an dieser Fahrt nicht teil, besuchten aber stattdessen mit ihrem Lehrer das Kraftwerk Birsfelden sowie den Zoologischen Garten in Basel.

Die Lokalzeitungen der Wohnorte der Wettbewerbsgewinner haben über deren Erfolg berichtet, und verschiedene Tageszeitungen haben die illustrierte Reportage über die «Elektrische Tour de Suisse», die ihnen zur Verfügung gestellt wurde, auch bereits veröffentlicht. *Ci*

Beruf «Netzelektriker»

Das BIGA, Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, hat Ende 1976 den zuständigen kantonalen Instanzen und den interessierten Berufs- und Fachverbänden die Ausbildungs- und Prüfungsreglemente sowie den Normallehrplan für den Beruf des Netzelektrikers zur Stellungnahme unterbreitet.

Ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur Schaffung dieses neuen Lehrberufes ist damit vollzogen.

Seit jeher pflegen die Elektrizitätswerke die Ausbildung des Personals mit besonderer Sorgfalt. Im Reglement des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes vom 6. Juni 1967 über die Ausbildung und die Lehrabschlussprüfung für Elektromonteur sind die Bedürfnisse der Werke bezüglich Bau und Unterhalt der Verteilnetze leider nicht berücksichtigt.

Die Elektrizitätswerke rekrutierten das entsprechende Betriebspersonal bisher aus Absolventen verschiedener Lehrberufe, aber auch aus Ungelernten, die sie nach der Anstellung auf die neue Tätigkeit hin schulten. Die technische Entwicklung im Freileitungs- und Kabelbau wie auch die Ausdehnung der Anlagen stellen die einzelnen Werke bei dieser Art der Rekrutierung und Schulung vor immer schwierigere Aufgaben. Es zeigte sich immer mehr die Notwendigkeit, eine eigene, auf die spezifischen Erfordernisse des Betriebes ausgerichtete Ausbildung im Rahmen eines Lehrberufes zu schaffen.

Begehren in dieser Richtung gingen dem BIGA von folgenden Organisationen zu: Groupement romand pour la formation professionnelle, Vereinigung städtischer Elektrizitätswerke, Betriebsleiterverband ostschweizerischer Gemeindeelektrizitätswerke (BOG) sowie der Vereinigung von Firmen für elektrische Freileitungs- und Kabelanlagen (VFFK).

Der VSE als Dachverband übernahm es, zusammen mit der Vereinigung von Firmen für elektrische Freileitungs- und Kabelanlagen (VFFK), die Entwürfe für das Ausbildungs- und Prüfungsreglement und den Normallehrplan für den Netzelektriker auszuarbeiten.

Der Vorstand des VSE betraute im Dezember 1971 eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der erwähnten Interessenten unter dem Vorsitz von Herrn H. Steinemann, Direktor des Elektrizitätswerkes des Kantons Schaffhausen, mit dieser Aufgabe.

In zahlreichen Sitzungen und Besprechungen sowie in Zusammenarbeit mit dem BIGA und dem VSEI wurden vorerst untersucht:

- Die Bedürfnisfrage. Aufgrund einer Umfrage bei den Mitgliedern wurde abgeklärt, dass bei etwa 150 VSE-Mitgliedern rund 3000 Netzelektriker beschäftigt sind und dass mit jährlich etwa 150 Lehrlingen zu rechnen sei.

- Die schulische Voraussetzung. Es hat sich gezeigt, dass der Beruf manuell begabten Jünglingen ohne Sekundarschulbildung offenstehen soll.

- Die Dauer der Lehre. Die Umfrage zeigte, dass einer 3jährigen Lehrdauer der Vorzug gegeben wird.

- Die Schaffung einer Basislehre mit anschliessender Spezialisierung in Richtung Hausinstallation oder Netzelektriker. Obwohl verständlich und vom BIGA gewünscht, musste erkannt werden, dass diese Variante eine Verlängerung der Lehre und erhöhte schulische Anforderungen stellen würde. Der Wunsch konnte nicht berücksichtigt werden.

- Ein Lehrberuf, der sowohl den Bedürfnissen der VSE-Mitglieder als auch denjenigen der VFFK (Vereinigung von Firmen für elektrische Freileitungs- und Kabelanlagen, etwa 1000 Beschäftigte) gerecht wird. Es war möglich, diesem Begehren zu entsprechen.

Nach einer grundsätzlichen Aussprache der Verbandsspitze mit dem Direktor des BIGA und seinen Mitarbeitern sowie einem anschliessenden Orientierungsbesuch eines Inspektors bei Werken und auf Baustellen teilte das BIGA am 22. Oktober 1974 dem VSE mit, dass es bereit sei, einen Entwurf zu einem Ausbildungsreglement entgegenzunehmen und zu prüfen.

In enger Zusammenarbeit mit den Vertretern des BIGA und unter Beizug aller interessierten Werkkreise sowie der VFFK wurde ein Reglement für den Beruf des Netzelektrikers und der dazugehörige Normallehrplan für den Unterricht in den Berufsschulen ausgearbeitet.

Profession d'électricien de réseau

L'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail (OFIAMT) a soumis fin 1976 les projets d'un règlement d'apprentissage et d'examen et d'un programme-cadre concernant la profession d'électricien de réseau aux organes cantonaux compétents et aux associations professionnelles intéressées qui auront à se prononcer à leur sujet. Un pas important a ainsi été franchi vers la création de cette nouvelle profession.

Les entreprises d'électricité ont toujours attaché beaucoup de soin à la formation de leur personnel. Le règlement du Département fédéral de l'économie publique du 6 juin 1967 concernant l'apprentissage et l'examen pour monteurs-électriciens ne tient malheureusement pas compte des besoins particuliers des entreprises d'électricité en ce qui concerne la construction et l'entretien de réseaux de distribution.

Jusqu'à présent, les entreprises d'électricité recrutent le personnel d'exploitation nécessaire parmi les travailleurs de diverses professions ayant accompli un apprentissage et parmi les semi-qualifiés, dont les candidats sont ensuite initiés à leur nouvelle activité. Le développement technique observé dans la construction de lignes aériennes et souterraines ainsi que l'extension des réseaux ont placé les entreprises d'électricité devant des problèmes toujours plus difficiles, précisément en raison de ce mode de recrutement et de formation. Il s'avéra de plus en plus nécessaire de créer un apprentissage qui permette une formation axée sur les besoins particuliers des entreprises d'électricité.

Des requêtes dans ce sens furent finalement adressées à l'OFIAMT par les organisations suivantes: Groupement Romand pour la formation professionnelle, Vereinigung städtischer Elektrizitätswerke, Betriebsleiterverband Ostschweizerischer Gemeindeelektrizitätswerke (BOG), Vereinigung von Firmen für elektrische Freileitungs- und Kabelanlagen (VFFK).

L'UCS en tant qu'organisation faitière se chargea, conjointement avec l'association VFFK, d'élaborer les projets d'un règlement d'apprentissage et d'examen et d'un programme-cadre d'enseignement pour la profession d'électricien de réseau. En décembre 1971, le Comité de l'UCS confia cette tâche à un groupe de travail composé de délégués des organisations intéressées et présidé par M. H. Steinemann, directeur de l'entreprise d'électricité du canton de Schaffhouse. Au cours de multiples réunions et entretiens et en collaboration avec l'OFIAMT et l'USIE, les points suivants furent préalablement examinés:

- Nécessité: Au moyen d'une enquête effectuée auprès des membres de l'UCS, on a pu relever qu'environ 150 membres employaient au total quelque 3000 électriciens de réseau et qu'il fallait s'attendre chaque année à environ 150 apprentis.

- Connaissances scolaires requises: Il s'est avéré que la profession devait être accessible aux jeunes gens sans formation secondaire, doués d'une habileté manuelle.

- Durée de l'apprentissage: L'enquête a permis de constater que la préférence était donnée à une durée d'apprentissage de 3 ans.

- Création d'un apprentissage de base et spécialisation consécutive dans le domaine des installations domestiques ou en tant qu'électricien de réseau: Bien qu'une telle solution soit justifiable et malgré qu'elle ait été souhaitée par l'OFIAMT, on a dû reconnaître qu'elle aurait conduit à allonger la durée d'apprentissage et qu'elle aurait exigé des connaissances scolaires plus approfondies. Cette demande n'a donc pas pu être prise en considération.

- Création d'un apprentissage répondant à la fois aux besoins des membres de l'UCS et à ceux de l'association VFFK, qui compte quelque 1000 employés: Cette demande a pu être satisfaite.

Après que les responsables de l'UCS eurent discuté fondamentalement le sujet avec le chef de l'OFIAMT et ses collaborateurs, et qu'un inspecteur de l'OFIAMT eut visité des entreprises d'électricité et des chantiers, l'OFIAMT fit part à l'UCS le 22 octobre 1974 de son intention d'accepter et d'examiner le projet d'un règlement d'apprentissage.

Les projets d'un règlement pour la profession d'électricien de réseau et d'un programme-cadre pour l'enseignement dans les écoles professionnelles furent ensuite élaborés en étroite collaboration avec les représentants de l'OFIAMT et avec la participation des organisations intéressées et de l'association VFFK.

Am 8. Juli 1975 erhielten die Mitglieder, die Lehrlinge ausbilden, den bereinigten Entwurf zur Stellungnahme. Gleichzeitig wurden alle Mitglieder über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe orientiert. Alle Antworten sind grundsätzlich in zustimmendem Sinne ausgefallen. Aufgrund der geäußerten Bemerkungen konnten noch die letzten Ungereimtheiten ausgemerzt werden, und im Mai 1976 konnten die Entwürfe dem BIGA eingereicht werden.

Reglement und Normallehrplan, wie sie nun zur Vernehmlassung den eingangs erwähnten Stellen unterbreitet wurden, sind das Ergebnis einer 5jährigen Arbeit, an der alle Interessierten beteiligt waren. Sie stellen den bestmöglichen Kompromiss und einen gut gangbaren Weg dar, dem auch alle Vertreter in der Arbeitsgruppe zustimmten.

Den Beweis, dass der vorgesehene Ausbildungsgang den Bedürfnissen der Praxis entspricht, haben die welschen Werke geliefert, indem sie bereits etwa 20 Mann zum Netzelektriker – allerdings ohne eidgenössischen Fähigkeitsausweis – ausgebildet haben. 20 weitere Leute stehen zurzeit in der Ausbildung. Was dieser Minderheit möglich ist, kann auch auf gesamtschweizerischer Ebene erreicht werden.

Nach erfolgter Vernehmlassung bei den Kantonen und Verbänden sieht das BIGA folgendes Vorgehen:

- Zusammenfassung der Ergebnisse der Vernehmlassung
- Bereinigung der Entwürfe zum Reglement und Normallehrplan
- Bereinigen der Übersetzungen
- Inkraftsetzen (Publikationen im Bundesblatt, Druck)

Sofern in der Vernehmlassung nicht wesentliche Schwierigkeiten auftauchen, rechnet das BIGA mit der Inkraftsetzung der Ausbildungsunterlagen auf Ende 1977.

Mitgliedswerke, die sich ebenfalls zu den neuen Entwürfen äussern möchten, können die Unterlagen beim Sekretariat des VSE beziehen.

Le 8 juillet 1975, les dits projets furent soumis pour avis aux membres de l'UCS qui forment des apprentis et tous les autres membres de l'UCS furent informés sur l'activité du groupe de travail. Les réponses obtenues quant aux projets exprimaient généralement l'approbation. Grâce aux observations faites, les projets ont pu être mis définitivement au point et en mai 1976, ils furent soumis à l'OFIAMT.

Les projets du règlement et du programme-cadre d'enseignement, qui font actuellement l'objet d'une procédure de consultation officielle, sont le fruit de 5 années de travail et ont nécessité la collaboration de tous les intéressés. Ces documents constituent la meilleure solution possible, que tous les membres du groupe de travail approuvent.

En formant quelque 20 personnes comme électricien de réseau – toutefois sans délivrance d'un certificat fédéral de capacité –, les entreprises d'électricité romandes ont fourni la preuve que l'apprentissage en question répond véritablement à un besoin. Vingt autres personnes sont actuellement en cours de formation. Ces initiatives isolées montrent que la solution peut être appliquée sur le plan national.

Après achèvement de la procédure de consultation auprès des cantons et des associations, l'OFIAMT prévoit d'agir comme suit:

- analyse des avis recueillis
- mise au point des projets du règlement et du programme-cadre d'enseignement
- mise au point des traductions
- mise en vigueur (publication dans la Feuille fédérale, impression).

Si la procédure de consultation ne donne pas lieu à des surprises majeures, l'OFIAMT estime pouvoir mettre les documents en vigueur vers la fin de 1977.

Les membres de l'UCS qui désirent également se prononcer au sujet de ces projets peuvent se procurer les documents auprès du secrétariat de l'UCS.

Aus Mitgliedswerken – Informations des membres de l'UCS



Kernkraftwerk Graben AG

In ihrer Eigenschaft als die mit der Geschäftsführung beauftragte Partnergesellschaft der Kernkraftwerk Graben AG teilen die Bernischen Kraftwerke AG (BKW) mit, dass es ihnen gelungen ist, für die langfristige Uranversorgung des Reaktors des Kernkraftwerkes Graben mit einem amerikanischen Produzenten von Natururan einen langdauernden Kaufvertrag abzuschliessen. Zusammen mit bereits früher getätigten Urankäufen erlaubt dieser neue Vertrag, die für die Anreicherung des Urans in den Anlagen der amerikanischen Regierung eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Das Uran wird aus phosphathaltigen Mineralien bei der Produktion von Phosphorsäure auf chemischem Weg extrahiert. Diese Methode erlaubt es, zu Marktpreisen Uranvorkommen auszubeuten, die bisher als Bestandteil von Kunstdünger in der landwirtschaftlichen Produktion ungenutzt auf die Felder verstreut wurden. Nach Schätzungen gingen auf diese Weise beispielsweise in den USA jährlich etwa 4 Millionen Pfund Natururan verloren.

St. Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG (SAK)

Anlässlich der vorbildlich organisierten Presseorientierung vom 14. Dezember 1976 konnte die SAK ihr neuestes, vollautomatisiertes Unterwerk Bad Ragaz vorstellen (Fig. 1). Bereits im Jahre 1968, als das moderne, halbautomatische Unterwerk Sargans in Betrieb genommen wurde, von dem aus auch Bad Ragaz

über eine einsträngige neugebaute Betonmastleitung versorgt wurde, liess sich vorausschätzen, dass die Grenze der Leistungsfähigkeit dieser 10-kV-Leitung in etwa 8 bis 10 Jahren erschöpft sein würde. Für das Gebiet von Bad Ragaz musste zudem berücksichtigt werden, dass durch den Bau der Kraftwerke Sarganserland eine Reduktion der Eigenproduktion der Kuranstalten sowie die gänzliche Stilllegung des alten Kraftwerkes Maprugg

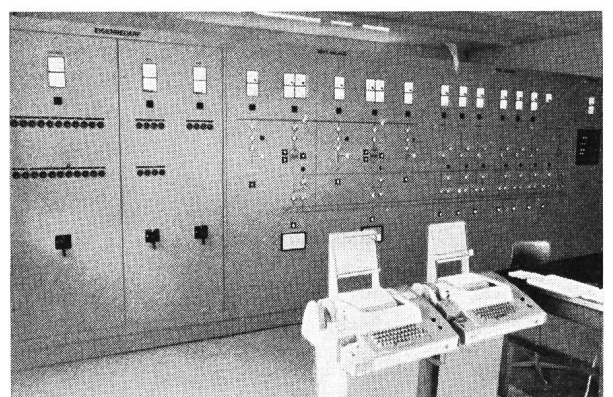


Fig. 1 Steuerautomatik des SAK-Unterwerkes Bad Ragaz
Im Vordergrund Störungsdrucker